



Wo kein Kläger, da kein Richter

2010-03-02 12:47:35

Heute erklärte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das am 1. Januar 2008 in Kraft getretene Gesetz zur massenhaften Speicherung von Telefon- und Internetdaten als verfassungswidrig. [Alle Bestimmungen sind nichtig, alle gesammelten Daten müssen unverzüglich gelöscht werden.](#) Im umfangreichsten Massenklageverfahren in der Geschichte des Gerichts hatten fast 35.000 Bürger Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz eingelegt. Einer dieser Kläger bin ich und darum geht es mir heute auch ganz besonders gut!

Der Kampf hat sich gelohnt. Der Schreibkram zur Verfassungsbeschwerde war dabei noch die geringste Hürde, denn Widerstand gab es vor allem auch in der eigenen Partei. Die Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion hatte dieses unsägliche Gesetz mitgetragen. Doch damit wollten sich die Mitglieder des SPD-Ortsvereines Rerik Salzhaff Kröpelin nicht abfinden, thematisierten die verdachtsunabhängige [Vorratsdatenspeicherung](#) und die Aushöhlung der [Bürgerrechte](#) immer wieder, führten schließlich [Beschlüsse auf SPD-Kreisparteitagen](#) und zuletzt auch auf dem SPD-Landesparteitag herbei.

Zu [Unrecht](#) darf man nicht schweigen! Egal, ob das die Freiheitsrechte betrifft oder wie kürzlich die ebenfalls vom Bundesverfassungsgericht kassierten verfassungswidrigen HartzIV-Regelungen zu Kindern. Niemand braucht eine SPD, die Teil der herrschaftlichen Obrigkeit sein möchte, Abgeordnete, die ihren Auftrag für die Allgemeinheit vergessen und blind werden gegenüber [Unrecht!](#)

Am Sonnabend konnten die Leser der Ostsee-Zeitung von einem weiteren Unrecht lesen. Unter der Überschrift: "[Datenschutz: Bürgermeister droht Anzeige](#)" und dem Untertitel: "**Im Zuge der beschlossenen Stasi-Überprüfung der Stadtvertreter sandte der Rathauschef deren Daten zu 'Birthler'. Das war nicht richtig.**" wird der Vorgang zumindest teilweise beleuchtet. Nur ein Richterspruch wird die Rechtslage zweifelsfrei klären können. Nur mit einem Richterspruch hat die Stadtvertretung eine zweifelsfreie Grundlage über disziplinarische Maßnahmen nachzudenken. Daher kann ich Herrn Schlutow nur ermutigen, seiner Ankündigung: "Ich prüfe eine Anzeige in dieser Sache gegen den Bürgermeister." nachzukommen.

Wo kein Kläger, da kein Richter.